

# Interview: „Mir ist die Einstimmigkeit lieber“

IGI-Verbandsvorsitzender Mario Glaser verteidigt seine umstrittene Entscheidung, über die Satzungsänderung abzustimmen

asp

---

## Schemmerhofen

Warum hat der Zweckverband IGI Rißtal versucht, die Satzung zu ändern? SZ-Redakteur Andreas Spengler hat bei dem Verbandsvorsitzenden Mario Glaser nachgefragt.

Nach der Entscheidung des RP stellt sich die Frage, warum Sie scheinbar ohne Not die Diskussion um die Satzungsänderung angestoßen haben. War es die Aufregung wirklich wert?

Diese Frage müsste man dem Regierungspräsidium (RP) Tübingen stellen, das uns die Aufgabe für eine Satzungsänderung gegeben hat. Das RP hat uns mit Schreiben vom 9. April 2021 auf die nicht gesetzeskonforme Regelung hingewiesen und dies mit Schreiben vom 9. Dezember nochmals bestätigt. Ich habe der Aufforderung der Rechtsaufsicht zu folgen. Es steht mir nicht zu, die jetzige Wende rückwärts zu kommentieren.

Hätten Sie nicht die Möglichkeit gehabt, vorab genauer prüfen zu lassen, ob die Satzungsänderung tatsächlich notwendig ist?

Nochmals zur Klarstellung: Wenn die Rechtsaufsicht mich aktiv auf einen Tatbestand hinweist, muss ich das thematisieren. Ich habe da keinen Ermessensspielraum. Stellen Sie sich vor, ich hätte das nicht getan und später wäre man zu der Auffassung gelangt, die Satzung ist rechtswidrig und ich hätte nicht auf das Schreiben des RP reagiert.

Wäre Ihnen das Mehrheitsprinzip nicht doch zupasse gekommen. Es hätte vielleicht manche umstrittene Entscheidung beschleunigen können?

Nein, mir ist das Einstimmigkeitsprinzip sogar viel lieber. Wir wollen die Räte und vor allem den Gemeinderat Warthausen gar nicht aus dieser Entscheidung entlassen. Im Gegenteil und wie auch öffentlich klar geäußert, hätten wir ohnehin unabhängig von der Satzung die Einstimmigkeit im Verband weiterhin gelebt. Ohne Zustimmung des Warthäuser Gemeinderats wird das IGI nicht umgesetzt werden und das wäre auch bei einem Mehrheitsprinzip nicht der Fall gewesen.

Manche Warthäuser glauben noch immer, dass das eine Retourkutsche war für das gelegentliche Ausscheren des Warthäuser Rats bei umstrittenen Abstimmungen.

Das ist Nonsense.

Ist das Thema der Satzungsänderung damit abgeschlossen?

Ja, mit dem Schreiben des Regierungspräsidiums ist das Thema erledigt.

---